

Datum: Donnerstag, 7. Juni 2007
Stichworte: **Migration / Zuwanderung / Middelbeck / Bade**
Veranstaltung: Themenbereich 3 / Zentrum Migration / Zuwanderungsgesetz ohne Zuwanderung?
Ort: CC-Nord
Programm Seite: 202

„Wir brauchen gesellschaftlichen Konsens darüber, wer zuwandern darf“

Forderung nach Punktesystem und einem „migrationspolitischen Befreiungsschlag“

Solange es in Deutschland keinen gesellschaftlichen und politischen Konsens darüber gibt, „wer zuwandern und bleiben darf und wer nicht“, wird es immer wieder zu Konflikten zwischen lokalen Ausländerbehörden und Interessenverbänden von Flüchtlingen kommen. Das sagte Paul Middelbeck, seit 15 Jahren Ausländerreferent im CDU-geführten niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport am Donnerstag auf dem Kirchentag in Köln.

Derzeit seien die Beamten in den Ministerien zwar mit der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes beschäftigt, „aber da ist bisher kein großer Wurf drin“, sagte Middelbeck. Das liege auch daran, dass „die Behörden nicht gegen die Gesellschaft handeln können“. Weil es also keine Einigung darüber gebe, wie die Zuwanderung gesteuert werden solle, würden die Menschen weiterhin „unter Vorgabe anderer Zwecke“ einwandern und hofften, dass sie irgendwann doch über Härtefall- oder Bleiberechtsregelungen bleiben könnten.

Middelbeck selbst plädierte dafür, Einwanderung über ein Punktesystem zu steuern. Darauf hatten sich die Politiker im Jahr 2004, als das neue Zuwanderungsgesetz beschlossen worden war, nicht geeinigt. Zudem kritisierte er die emotionale Art der Diskussion. Es gebe keine andere gesellschaftliche Diskussionen, „in der so viel über Ängste gesteuert wird wie bei Flüchtlingen und Zuwanderung“.

Ein Punktesystem wie in Kanada oder ein ähnliches flexibles Steuerungssystem forderte auch Professor Klaus J. Bade auf derselben Veranstaltung im Zentrum Migration. Es sei „Zeit für einen migrationspolitischen Befreiungsschlag“, sagte Bade, der das Osnabrücker „Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien“ und den „Rat für Migration“ gegründet hat. Auch er kritisierte, dass in der Politik immer wieder mit Ängsten vor Zuwanderern gearbeitet werde: „In Behörden hingegen wird häufig viel weiter vorausgedacht als in der Politik.“

Mit Blick auf die Flüchtlinge, die wegen der abgeschotteten Grenzen oft illegal einreisen, wies Bade darauf hin, „dass auch wir in Deutschland dafür sorgen, dass der Strom nicht abreißt“. So ruinierten Kleiderspenden, von der EU finanzierte Agrarprodukte und die schwimmenden Fischfabriken vor Afrikas Küsten die heimischen Volkswirtschaften.